

Mehr Hilfen auch für Missbrauchsoffer im Bistum? Unfallversicherung erhöht Druck auf Kirchen

Viele Missbrauchsoffer der katholischen und evangelischen Kirche können auf zusätzliche Hilfen hoffen. Die sexuellen Übergriffe könnten „Arbeitsunfälle“ sein, für die die Unfallversicherer zuständig sind.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Die Nachricht sorgte vor einigen Tagen für Verwunderung: Einer der größten Unfallversicherer in Deutschland hat die Kirchen aufgefordert, ihr Fälle von sexuellem Missbrauch zu melden. Das geht aus einem unserer Redaktion vorliegenden Schreiben der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft

„Wir informieren Sie, dass uns von Ihnen bisher kaum Fälle angezeigt worden sind, obwohl in zuletzt veröffentlichten Gutachten über den sexuellen Missbrauch in der Katholischen Kirche von einem Tausend Fällen die Rede ist.“

Aus dem Schreiben der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft.

VBG hervor. Darin fordert die VBG-Geschäftsführung die katholische Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) auf, sexualisierte Gewalt an Ehrenamtlichen wie Ministranten oder Leiterinnen von Jugendgruppen zu melden.



Lichtblick für Missbrauchsoffer: Den Betroffenen könnten mehr gesundheitsfördernde und auch finanzielle Hilfen zustehen als bislang bekannt.

SYMBOLFOTO: DPA

Auch Fälle sexuellen Missbrauchs könnten Versicherungsfälle sein, und daher bestehe eine Anzeigepflicht gegenüber der VBG, heißt es in dem Brief. Bekannte und neu ans Licht kommende Fälle sollten deshalb schnellstmöglich gemeldet werden.

„Wir informieren Sie, dass uns von Ihnen bisher kaum Fälle angezeigt worden sind, obwohl in zuletzt veröffentlichten Gutachten über den sexuellen Missbrauch in

der Katholischen Kirche von einem Tausend Fällen die Rede ist“, heißt es wörtlich in dem zwei Seiten umfassenden Schreiben.

Die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft ist nach eigenen Angaben der größte Träger der gesetzlichen Unfallversicherung in Deutschland. Zu den Mitgliedsunternehmen gehören Banken, Versicherungen, Ingenieur- und Architekturbüros, Rechtsanwaltskanzleien, aber auch Kirchen,

Sportvereine und Firmen aus den Bereichen Industrie und Verkehr. In die VBG zahlen nach deren Angaben rund 1,2 Millionen Unternehmen Beiträge für über zehn Millionen Versicherte.

Nach Angaben eines VBG-Sprechers kann die Anzeige für Betroffene, die missbraucht wurden, während sie in der Kirche ein Ehrenamt ausübten, zu konkreter Hilfe führen. Dies könnte etwa der Fall sein, wenn die Tat unter Anwendung von

Gewalt geschehen sei oder unter Ausnutzung einer herausgehobenen Stellung des Täters innerhalb der Religionsgemeinschaft verübt worden sei, heißt es in dem Schreiben. Dies gelte insbesondere, wenn es sich bei den Opfern um Kinder handle, die sich etwa als Ministrant oder aufgrund der Hierarchie in der Kirche in einer besonderen Abhängigkeit gegenüber den Tätern befunden hätten.

In dem Brief werden die Kirchen

darum gebeten, entsprechende Missbrauchsfälle von den Bistümern, Erzdiözesen und Einrichtungen schnellstmöglich der VBG zu melden. Zudem ruft der Unfallversicherer auch Betroffene selbst auf, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Je früher die Sachverhalte gemeldet würden, „desto eher können wir uns um die Betroffenen kümmern und versuchen, deren psychisches Leid mit Therapiemaßnahmen zu lindern“. In besonders schweren Fällen könne sogar der Anspruch auf eine Verletztenrente bestehen.

Laut VBG kann Verletztenrente maximal vier Jahre rückwirkend gezahlt werden. Gerechnet werde ab dem Zeitpunkt, zu dem ein Gutachter den Schaden festgestellt habe. Allerdings könne die Missbrauchstat viel länger zurückliegen. Der Vorfall könnte demnach auch in den Siebzigerjahren gewesen sein. Die Vereinigung der Missbrauchsoffer im Bistum Trier (Missbit) begrüßte das Schreiben der Berufsgenossenschaft als „wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu mehr Rechtssicherheit für Betroffene sexueller Gewalt in der Kirche“. Das Schreiben lasse vermuten, dass die gesetzliche Meldepflicht durch die katholische Kirche eklatant missachtet worden sei und den Betroffenen hierdurch notwendige Hilfen und Entschädigungsleistungen entgangen seien, sagte Missbit-Sprecher Hermann Schell.

Und wie reagieren die Adressaten des Schreibens? Der Sprecher der Bischofskonferenz, Matthias Kopp, bestätigte den Eingang des Schreibens. Der Brief werde einer sorgfältigen Prüfung unterzogen, die noch andauere. „Diese Prüfung warten wir ab“, meint die Sprecherin des Bistums Trier auf Anfrage unserer Redaktion.

„Z“-Zeichen auf Zaun und Gerätehaus: Staatsanwaltschaft sucht Sprayer

Wegen der Verwendung des „Z“-Zeichens wird landesweit in rund zwei Dutzend Fällen ermittelt - auch in der Region Trier.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Die Trierer Staatsanwaltschaft ermittelt in zwei Fällen wegen Verwendung des „Z“-Zeichens. Das Symbol wird von Befürwortern des russischen Krieges gegen die Ukraine genutzt. Landesweit wird in 20 Fällen ermittelt.

Nach Angaben des Leitenden Trierer Oberstaatsanwalts Peter Fritzen wurde in einem Fall eine ukrainische Fahne in Bergweiler (Kreis Berncastel-Wittlich) mit einem großen „Z“ in schwarzer Farbe besprüht. Die Flagge war von einer Frau an ihrem Gartenzaun angebracht worden – aus Solidarität mit der Ukraine. Von dem unbekanntem Sprayer fehlt laut Fritzen bislang jede Spur.

Derzeit werde wegen Sachbeschädigung ermittelt. Daneben kann

laut Fritzen aber auch die öffentliche Verwendung des „Z“-Symbols strafbar sein – wegen Billigung einer Straftat, im konkreten Fall wegen eines nach dem Völkerrecht verbotenen Angriffskrieges.

Seit Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine Ende Februar werden bundesweit alle Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Krieg stehen oder stehen könnten, im kriminalpolizeilichen Meldedienst für Straftaten der politisch motivierten Kriminalität erfasst. Das „Z“-Zeichen ist oft auf russischen Militärfahrzeugen und Uniformen zu sehen und steht nach Angaben des rheinland-pfälzischen Justizministers Herbert Mertin für die russische Parole „Za Pobedu“ (Auf den Sieg!).

Wegen eines aufgesprühten

„Z“-Zeichens unter der Aufschrift „Russland in Love“ ermittelt die Trierer Staatsanwaltschaft auch in einem weiteren Fall. Dabei geht es um Farbschmierereien am Gerätehäuschen auf einem Sportgelände in Schillingen (Kreis Trier-Saarburg). Auch in diesem seit Anfang April geführten Verfahren gibt es nach Angaben des Leitenden Trierer Oberstaatsanwalts bisher noch keine konkreten Hinweise auf den oder die Täter.

Nach Angaben von Justizminister Herbert Mertin (FDP) gibt es wegen Verwendung des „Z“-Symbols bislang noch keine Gerichtsentscheidungen. Allerdings habe ein Amtsgericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft einen Durchsuchungsbeschluss erlassen. Welches Gericht das war, sagte Mertin nicht.



Das „Z“-Zeichen gilt als Symbol für die Unterstützung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

FOTO: MARIUS BECKER

Sozialdemokraten lehnen Antrag zu Gerhard Schröder im Landtag ab

Soll Altkanzler Gerhard Schröder weiter Mittel für Büro und Mitarbeiter erhalten? Die Freien Wähler haben dies am Mittwoch zum Thema im Mainzer Landtag gemacht.

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Der rheinland-pfälzische Landtag ist am Mittwochnachmittag kurz zu einer Bühne für nationale und internationale Fragen erwachsen. Die Freien Wähler hatten Gerhard Schröder und seine finanziellen Mittel, die er als Altkanzler jährlich für Büro und Mitarbeiter erhält, auf die Tagesordnung gebracht. Es gehe nicht darum, ihm das Ruhegehalt zu streichen oder um eine Neiddebatte, sagte Initiator Joachim Streit (FW). Die Landesregierung solle sich aber im Bund dafür einsetzen, dem Altkanzler wegen seiner Russlandverbindungen endlich die Mittel zu streichen.

Das Ergebnis lässt sich zwar schnell zusammenfassen: Der Antrag wird keinerlei direkte Folgen haben. Die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP – sowie auch CDU und AfD – haben einhellig abgelehnt. Die Diskussion über Populismus, Schröder und die Russlandhaltung der SPD ließ aber kurzzeitig tief in die Gemütslage der rheinland-pfälzischen Parteien blicken.

Für die SPD blockte der Parlamentarische Geschäftsführer Martin Haller gleich das Thema ab. Schröder im Landtag zu behandeln, sei klar deplatziert. Es gehe um ein reines Thema des Bundes, in das man sich nicht einmischen dürfe und über das bereits verhandelt werde. Haller ließ sich zum Herunterspielen der Stellung Schröders dazu hinreißen, über den Altkanzler von einem „früheren niedersächsischen Politiker“ zu sprechen.

Die CDU nutzte die Debatte, um



Seit Wochen steht Altkanzler Gerhard Schröder wegen seines Verhältnisses zu Putin in der Kritik.

ARCHIVFOTO: DPA

mit Schröders Verhältnis zu Russland, dazu aber auch mit der Haltung der Sozialdemokraten generell abzurechnen. Generalsekretär Gordon Schnieder stellte in Frage, ob Schröders Lobbytätigkeit womöglich schon während seiner Amtszeit als Kanzler begann. Die jahrelange Kritikunfähigkeit der Sozialdemokraten sei verstörend. „Die gesamte deutsche Außen- und Sicherheitspolitik steht vor einem Scherbenhaufen“, bilanzierte Schnieder. Offenbar traf der Christdemokrat damit einen noch immer wunden Punkt bei der SPD. Von der Regierungsbank mit der Ministerpräsidentin waren laute Zwischenrufe zu vernehmen.

Die Freien Wähler mussten indes nicht nur mit der Ablehnung ihres Antrags leben. Alle anderen Parteien hatten sich auf den Antrag selbst eingeschossen. Zu durchschaubar, zu populistisch sei der Versuch, mit diesem Thema auf Landesebene

Stimmung zu machen. Pia Schellhammer (Grüne) sprach von einem „Boulevardantrag“. Selbst die AfD zielte in diese Richtung. FW-Fraktionschef Streit verließ nach einem verbalen Angriff des FDP-Abgeordneten Marco Weber zwischenzeitlich gar den Saal. Streit sagte im Anschluss zur Debatte: „Leider haben die Parlamentarier die Chance nicht genutzt, zu zeigen, dass sie das Verhalten von Gerhard Schröder missbilligen.“

Im Bund laufen derweil offenbar schon Verhandlungen im Haushaltsausschuss zur generellen Frage, wie Altkanzler ausgestattet werden sollen. Im vergangenen Jahr waren dies mehr als 400.000 Euro, die etwa Schröder neben seinen Ruhebezügen zustanden. Gegen den Altkanzler gibt es indes mehrere Anträge aus der SPD für einen Parteiausschluss.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch